

Wahlprogramm
zur Abgeordnetenhauswahl 1971
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Berlin

„Punkt für Punkt F.D.P. Fortschritt erzwingen“

(Beschlossen auf dem a.o. Landesparteitag
am 13./14. November 1970)

An alle
Haushaltungen

F.D.P.



Ausgehend von der festen Bindung Berlins an das Rechts-, Wirtschafts- und Finanzsystem der Bundesrepublik und seiner von den drei Schutzmächten garantierten Sicherheit haben die Berliner Freien Demokraten auf ihrem außerordentlichen Landesparteitag am 13. und 14. November 1970 dieses Wahlprogramm beschlossen.

- Ziel der F.D.P. ist, in Berlin fortschrittliche liberale Reformpolitik durchzusetzen.
- Um das zu erreichen, ist es notwendig, die absolute Mehrheit der SPD zu überwinden, die in Berlin schon 16 Jahre andauert.
- Die F.D.P. ist bereit, die Koalition mit der SPD zu erneuern. Jedoch muß sicher sein, daß mehr als bisher liberale Politik durchsetzbar ist.
- Eine Regierung mit der reaktionären CDU kommt nicht in Frage.

Passende Wohnung zu tragbarem Preis ist Grundlage menschenwürdigen Lebens. Um sie zu sichern, erfordert die besondere Lage Berlins besondere Schritte. Deshalb:

- 1** Mieterschutz und Mietpreisbindung müssen unbefristet weitergelten. Damit auch Bürger in mieterschutzlosen Wohnungen gesichert sind, muß das Soziale Mietrecht in Berlin eingeführt werden.
- 2** Wer im sozialen Wohnungsbau Großwohnungen für kinderreiche Familien schafft, muß verstärkt gefördert werden.
- 3** Nicht nur der soziale, sondern auch der steuerbegünstigte Wohnungsbau ist verstärkt zu fördern. Durch gesetzliche Vorschriften müssen geeignete Wohnungen für ältere Menschen reserviert werden.
- 4** Die bisher gültigen Einkommensgrenzen sind überholt und erheblich anzuheben. Auch wer besser verdient, muß Anspruch auf eine soziale oder steuerbegünstigte Wohnung und auf Wohngeld haben.
- 5** In den Aufsichtsgremien gemeinnütziger Wohnungsbaugesellschaften sollen auch Mieter mitbestimmen. Kostenmieten im sozialen und steuerbegünstigten Wohnungsbau müssen von den Mietern kontrolliert werden.

Die Altersstruktur Berlins verpflichtet zu besonderen Bemühungen um die älteren Bürger. Eine an der Zukunft orientierte Politik muß jeder Altersgruppe einen angemessenen Platz in der Gesellschaft sichern. Deshalb:

- 6** Die Einrichtung von Altenwohnheimen und Altersheimen muß in Wohngebieten Berlins gefördert werden. Ältere Bürger müssen in vertrauter Umgebung bleiben können.
- 7** Tagesstätten für ältere Menschen sind in ihrem Wohnbezirk verkehrsgünstig einzurichten nach skandinavischen Vorbild verbunden mit anderen Stätten der Begegnung wie Jugendheimen, Stadtbüchereien, Volkshochschulen.
- 8** Der Betrieb von Altenheimen muß von einer Konzession abhängig gemacht werden. In öffentlichen und gemeinnützigen Altersheimen sind genügend Plätze für sozial Schwächere bereitzustellen.

Wer für Zeiten der Not, der Krankheit oder für das Alter nicht selbst vorsorgen konnte, soll unabhängig von seinem Beruf in die Sozialversicherung aufgenommen werden können.

- 9** Auch freiberuflich Tätige müssen in die Altersversicherung der staatlichen Sozialversicherung eintreten können.
- 10** Wer Pflichtmitglied der Sozialversicherung war, muß freiwillig Mitglied bleiben können, unabhängig von der Dauer seiner Pflichtmitgliedschaft.
- 11** Hausfrau sein ist ein Beruf. Er muß einen Rechtsanspruch auf eine Altersversicherung begründen.
- 12** Freischaffende Künstler müssen sozial sichergestellt werden, zum Beispiel durch Aufnahme in die Sozialversicherung.

Arbeitnehmer haben ein Recht auf direkte Mitbestimmung in ihrem Betrieb. Sie müssen, demokratisch legitimiert, teilhaben an der Unternehmenspolitik, die bisher einseitig durch die Kapitalgeber bestimmt wird.

- 13** Eine Mitbestimmungsregelung muß vorsehen, daß die Arbeitnehmervertreter in der Unternehmensführung ausschließlich von der Belegschaft gewählt und jederzeit abgewählt werden können.
- 14** Diese Mitbestimmungsregelung sollte in den Eigenbetrieben Berlins erprobt werden.

15

Die in der Mitbestimmung liegenden Chancen können erst voll genutzt werden, wenn vorher die innergewerkschaftliche Demokratie gestärkt wird.

16

Jeder Bürger hat ein Recht zu erfahren, wem Presseorgane gehören. Pressekonzentrationen von bestimmtem Umfang an sind durch Bundesgesetz zu verbieten. Dem Rundfunkrat sollen alle im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien angehören.

17

Staatsleistungen an die Kirchen sind auf solche kirchlichen Einrichtungen zu konzentrieren, welche allen Bürgern zur Verfügung stehen.

18

Der Einzug der Kirchensteuer durch den Staat soll unter dem Gesichtspunkt der Trennung von Staat und Kirche abgeschafft werden.

19

Die Erziehung der Kinder in der Familie ist pädagogisch sinnvoll zu ergänzen. Moderne Kindertagesstätten sind verstärkt zu bauen, Eltern-Initiativgruppen sowie Halbtagsgruppen besonders zu fördern. Dem körperlich und geistig behinderten Kind muß mehr als bisher geholfen werden. Besondere Kindergärten und Horte sind auszubauen.

20

Vorschulklassen sind vorrangig in sozial schwachen Gebieten und insgesamt mehr als bisher geplant einzurichten.

21

Lehrerkonferenzen sollen zu Beratungs- und Beschlußgremien umgestaltet werden. Schüler- und Elternvertreter müssen zugezogen werden. Der Schulleiter ist von diesem Gremium auf Zeit zu wählen.

22

Als erste Stufe einer Reform soll das erste Jahr der Berufsausbildung als Berufsbildungsjahr umgestaltet werden, ohne strenge Bindung an spezielle Tätigkeiten in Produktion, Handel oder Verwaltung. Dann kann die anschließende Fachausbildung kürzer werden.

23

Schüler der Abschlußklassen sind über die Grundzüge unserer Rechts-, Wirtschafts- und Sozialordnung zu unterrichten, damit sie daran auch grundsätzliche, sachkundige Kritik üben können.

24

Die Abiturprüfung muß durch ein gerechteres Punktsystem abgelöst werden, das die Leistungen der letzten Schuljahre bewertet.

25

Studierenden sind öffentliche Mittel zur vollen Deckung des Lebensunterhalts unabhängig vom Einkommen ihrer Familien zu gewähren.

26

In Zukunft muß als erste Stufe die Benutzung der U-Bahn kostenlos sein (Null-Tarif). So wird der Straßenverkehr entlastet. An den U-Bahnhöfen in den Außenbezirken ist ausreichender Parkraum zu schaffen.

27

Die S-Bahn ist in die Planung des öffentlichen Verkehrs einzubeziehen. Der kostenfressende Parallelverkehr kann wegfallen.

28

Der starre Ladenschluß muß fallen. Berufstätige sollen auch in den Abendstunden in Ruhe einkaufen können. Einzelhändler müssen selbst entscheiden können, wann sie ihr Geschäft öffnen und schließen wollen.

Der Staat garantiert allen Bürgern Religionsfreiheit. Das darf jedoch nicht dazu führen, daß der Staat die beiden großen christlichen Kirchen einseitig bevorzugt. Deshalb:

Bildungspolitik ist Kernstück liberaler Gesellschaftspolitik. Bildung ist Bürgerrecht und Aufstiegschance zugleich. Die berufliche Bildung ist, wie die anderen Bereiche des Bildungswesens, als öffentliche Aufgabe anzusehen. In der Bildungsplanung sind vorrangig Schulzentren und integrierte Bildungszentren sowie langfristige Schul- und Entwicklungspläne für Berlin aufzustellen. Um demokratisches Verhalten zu fördern, ist den Schülern ein erheblich erweiterter Mitwirkungsbereich bei gleichzeitiger Erhöhung der Selbstverantwortung einzuräumen.

Berlin muß eine moderne Weltstadt werden. Berlin darf nicht zurückbleiben hinter dem, was andere Weltstädte schon bieten oder für die nahe Zukunft planen. Deshalb:

Gesundheitspolitik muß selbständig, unabhängig und sachgerecht geführt werden. Sie muß alle Gefahren bekämpfen, die unsere Gesundheit bedrohen, und sie muß fördern, was der Gesunderhaltung dient. Umweltschutz ist wichtiger Teil der Gesundheitspolitik.

Jeder Staatsbürger hat Anspruch auf bestmöglichen Schutz vor Straftätern und auf umfassenden Rechtsschutz.

Auf der Grundlage alliierter Rechte und Vereinbarungen muß durch verbindliche Regelungen mit der DDR ein reibungsloser Transitverkehr nach Westdeutschland frei von Schikanen sichergestellt werden.

Grundlage dieser 39 Punkte ist das Nürnberger Programm der F.D.P. Soweit Bundes- oder Landesrecht geändert werden muß, wird die Berliner F.D.P. in Bonn und Berlin die Initiative ergreifen. Je mehr Wähler sich für dieses Programm entscheiden, desto schneller kann es zum Nutzen der Berliner verwirklicht werden.

- 29** Bei der Förderung von Berliner Wirtschaftsunternehmen müssen nicht nur rein wirtschaftliche, sondern auch gesellschaftspolitische Notwendigkeiten berücksichtigt werden, darunter die Erfordernisse der Bildungs- und Städtebauplanung. Wirtschaftswachstum ist nur eine von mehreren Voraussetzungen, um eine liberale Gesellschaft mit gleichen Chancen für jeden zu entwickeln.
- 30** Grünanlagen sind weitestgehend als Spiel- und Tummelplätze für Kinder freizugeben. Nicht länger dürfen verkehrsreiche Straßen als Spielplatz dienen, weil das Betreten von Rasenflächen verboten ist.
- 31** Die Berliner Wälder und Seen sind unter besonderen Schutz zu stellen, damit sie zur Erholung für alle erhalten bleiben.
- 32** Die Luft- und Wasserverschmutzung und der gesundheitsschädliche Lärm im Berliner Raum müssen sofort gestoppt werden. Durch strenge Überwachung und den Einsatz modernster Mittel ist unsere Umwelt endlich wirksam zu schützen.
- 33** Jede Frau muß das Recht erhalten, über ihren Körper selbst zu bestimmen. Um Schwangere vor gesundheitsgefährdenden Eingriffen durch Laien zu bewahren, muß die durch einen Arzt nach Beratung vorgenommene Schwangerschaftsunterbrechung innerhalb der ersten drei Monate zulässig sein.
- 34** Die Berliner Polizei darf nur mit polizeigemäßen, nicht aber mit militärischen Waffen (Handgranaten, Maschinengewehren) ausgerüstet sein. Polizeibeamte sollen wie alle anderen Beamten dem Bürger nicht anonym gegenüber treten müssen. Deshalb sind Namensschilder auch für Polizeibeamte einzuführen.
- 35** Eine schlagkräftige Verbrechensbekämpfung verlangt eine einheitliche Strafverfolgungsbehörde. Darum ist die Kriminalpolizei in die Staatsanwaltschaft einzugliedern. Der Schutz der Bürger ist durch umfassendere Resozialisierungsmaßnahmen zur Wiedereingliederung der Straftäter in die Gesellschaft zu ergänzen.
- 36** Berlin braucht ein Verfassungsgericht, um allen Bürgern umfassenden Rechtsschutz zu gewähren.
- 37** Der Wähler muß Einfluß auf die Kandidatenaufstellung erhalten. Das Berliner Wahlrecht muß entsprechend reformiert werden.
- 38** Beim Personenverkehr von und nach Berlin hat lediglich eine Identitätskontrolle stattzufinden. Im Güterverkehr sollen die Transportmittel verplombt werden, damit eine Kontrolle überflüssig wird.
- 39** Die Verkehrswege von und nach Berlin sind den modernen Verkehrsbedürfnissen anzupassen, zum Beispiel durch den Bau der Autobahn nach Hamburg und den Ausbau der Schienen- und Wasserwege.

	<input type="radio"/>
	<input type="radio"/>
3 Wahlvorschlag der Freien Demokratischen Partei	F.D.P. <input checked="" type="radio"/>

**Herausgeber: Freie Demokratische Partei
1 BERLIN 30
Potsdamer Straße 96
Telefon 1314 51**